

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Friedensnobelpreis für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union



In diesen Tagen wurde der Friedensnobelpreis in Oslo stellvertretend für über 500 Millionen Europäer an EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und an den Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz übergeben.

„Um diese Auszeichnung ins rechte Licht zu rücken, braucht man keine Strahler, sondern nur ein gesundes Geschichtswissen“, sagte der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. „Der Grundgedanke war, dass die Menschen in Europa nie wieder Hunger und nie wieder Krieg in ihren Ländern erleben müssen. Heute leben wir in einer Ära, in der man sich diese schrecklichen Zeiten nicht mehr vorstellen kann. Das ist mit allem Gold der Welt nicht aufzuwiegen.“

Rückblick: Bereits im Jahre 1946 sprach Winston Churchill an der Universität Zürich darüber, dass „so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa“ erbaut werden müsste („We must build a kind of United States of Europe“ / Winston Churchills Europa-Rede, 19. Septem-

ber 1946). Am 25. März 1957 wurde in Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande) gegründet. Sie war die Vorgängerorganisation der Europäischen Gemeinschaft. Eine gemeinsame wirtschaftliche Verflechtung sollte neue militärische Konflikte in der Zukunft unmöglich machen und das Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Im Laufe der folgenden Jahrzehnte traten in mehreren Erweiterungen zahlreiche Staaten bei. Mit dem Vertrag von Maastricht (am 7. 2. 1992 unterzeichnet und 1993 in Kraft getreten) wurde die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion gegründet und die Europäische Gemeinschaft in Europäische Union (EU) umbenannt.

Bis zum heutigen Tag bilden 27 Staaten die Europäische Union. Am 1. Juli 2013 soll Kroatien das 28. EU-Mitgliedsland werden.

„Eine herausragende Arbeit,

welche hier geleistet wurde und wird“, so Ulmer in diesen Tagen in Straßburg. „Ich freue mich, dass unsere Bemühungen für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben mit der Ehrung des Nobelpreiskomitees gewürdigt wurden.“



Präsident Barroso sagte bei der Verleihung: „Der Nobelpreis zeigt, dass die Europäische Union in diesen schwierigen Zeiten eine Quelle der Inspiration für Länder und Menschen in der ganzen Welt bleibt und dass unsere Weltgemeinschaft eine starke Europäische Union braucht.“

„Der Nobelpreis steht für weltweite Versöhnung. Das Preisgeld sollte Kindern zukommen, die unsere wichtigste Zukunftshoffnung,

gleichzeitig aber die ersten Opfer heutiger und früherer Konflikte sind“, erklärte Präsident Barroso.

Ratspräsident Herman Van Rompuy sprach bei der Verleihung von einer „unvergleichlichen Ehre“ und „einer größtmöglichen Anerkennung der tiefen politischen Motive, die hinter der Union stehen“.

Auch der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, zeigte sich gerührt.

Frohe Weihnachten und ein gutes Jahr 2013!



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auf diesem Wege möchte ich Ihnen für Ihr Interesse an meiner europapolitischen Arbeit, für Ihre zahlreichen Zuschriften und E-Mails herzlich danken. Dieser Dialog ist mir besonders wichtig.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest sowie einen guten Start in das neue Jahr 2013. Bleiben Sie gesund! Mit besten Grüßen
Ihr Dr. Thomas Ulmer

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

EU-Kommission: Aktionsplan gegen Steuersünder



Etwa eine Billion Euro gehen in der EU Jahr für Jahr durch Steuerhinterziehung und Steuerumgehung verloren. Ein neuer Aktionsplan soll die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern bei der Verfolgung von Unternehmen und Privatpersonen, die sich ihren Steuerpflichten entziehen, fördern.

Der Aktionsplan zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sieht kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Problemlösung und zur Einforderung der geschuldeten Beträge vor.

Die EU empfiehlt, zunächst gegen Steueroasen und gegen die juristischen Tricks vorzugehen, mit denen manche Unternehmen Steuern umgehen. Die EU-Länder definieren Steueroasen derzeit unterschiedlich und haben daher keine einheitlichen Regelungen, um dagegen vorzugehen. Deshalb können Transaktionen mit Nutzung von Steueroasen über die Länder mit den mildesten Bestimmungen geleitet werden. Der Ansatz, Steueroasen zuerst zu ermitteln und dann dagegen vorzugehen, würde Steuerhinterzieher daran hindern, die Unterschiede zwischen den nationalen Systemen auszunutzen.

Die EU empfiehlt den EU-Ländern, eine schwarze Liste der als Steueroasen genutzten Orte zu erstellen. Dadurch würde einerseits ein starkes Signal gesetzt, dem eine Überarbeitung der bestehenden Steuerabkommen folgen könnte, und andererseits würden bestimmte Investitionen abgeschreckt.

Um Unternehmen von der Steuerumgehung abzuhalten, müssten die EU-Länder

zunächst die Doppelbesteuerungsabkommen festigen, mit denen verhindert wird, dass Unternehmen dieselbe Steuer mehrfach entrichten. Allerdings gibt es darin Schlupflöcher, die von einigen Unternehmen dazu missbraucht werden, überhaupt keine Steuern zu zahlen.

Diese beschönigend als „aggressive Steuerplanung“ bezeichnete Form der Steuerumgehung ist auf dem Vormarsch, und in dem Aktionsplan wird mit Empfehlungen aufgezeigt, wie den juristischen Tricks, die sie ermöglichen, entgegenge wirkt werden kann.

Wenn einzelne Länder das Problem isoliert angehen, besteht das Risiko, dass die betreffenden Unternehmen einfach ihren Geschäftssitz verlegen. Daher ist eine EU-weite Reaktion notwendig, um die Schlupflöcher zu schließen und sicherzustellen, dass kein Land infolge der Maßnahmen finanzielle Nachteile erleidet.

Die Europäische Kommission würde die Umsetzung dieser Empfehlungen beaufsichtigen und auf die Länder mit schleppenden Fortschritten Druck ausüben.

Der Vorschlag muss nun vom Europäischen Parlament und den Finanzministern der EU-Länder gebilligt werden.

Zwischenzeitlich wird die Kommission Vorschläge für zusätzliche Initiativen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ausarbeiten, darunter

- einen Kodex für die Steuerpflichtigen
- eine EU-weite Steueridentifikationsnummer
- eine Überprüfung der Missbrauchsbekämpfungsbestimmungen
- Leitlinien für die Zurückverfolgung von Geldflüssen.

(Mitteilung der EU-Kommission vom 11.12.2012)

Einheitlicher EU-Patentschutz



Wer in Europa eine Erfindung patentieren lassen will, wird es zukünftig einfacher und billiger haben. Das neue Patent zum Schutz von Erfindungen von Privatpersonen und Unternehmen wird in 25 EU-Vertragsstaaten gelten. Spanien und Italien sind nicht Teil der neuen Regelung, können aber jederzeit beitreten.

Unternehmen werden finanziell entlastet, um internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Das neue Patent soll 4.725 Euro anstatt 36.000 Euro kosten, wie es bisher üblich war. Anzumelden ist ein Patent bei der Europäischen Patentorganisation.

Patentanträge müssen auf Englisch, Französisch oder Deutsch zur Verfügung gestellt werden. Dabei hat das Parlament durchgesetzt, dass Übersetzungskosten für kleine und mittlere Unternehmen sowie für gemeinnützige Organisationen, Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen in der EU vollständig erstattet werden.

Ein Einheitliches Patentrecht wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten oder sobald es 13 Vertragsstaaten ratifiziert haben.

Dr. Thomas Ulmer MdEP freut sich, dass „eine gute Lösung für das EU-Patent gefunden wurde, dem über 30 Jahre währende Bemühungen vorausgegangen sind. Erfinder werden es nun einfacher haben, gegenüber den USA und Japan wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen



In Europa sterben jährlich rund 25.000 Menschen an resistenten Erregern. Daher hat sich das Europaparlament zum Ziel gesetzt, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Das Hauptziel dieser Strategie soll sein, die Wirksamkeit bereits vorhandener antimikrobieller Stoffe zu erhalten, indem sie verantwortungsvoll eingesetzt werden.

Dazu ist eine bessere Ausbildung ärztlichen Personals und eine bessere Aufklärung der Öffentlichkeit notwendig. Diese Maßnahmen sollen dazu führen, dass insgesamt die Verwendung von Antibiotika bei Mensch und Tier eingeschränkt werden, denn weitere Resistenzentwicklungen würden zukünftig die Heilung von Patienten erschweren und könnten einen Rückfall in das vorantibiotische Zeitalter zur Folge haben. Zusätzlich muss besser über die korrekte Einnahme der Antibiotika in hervorgehobener Form auf dem Beipackzettel informiert werden. Außerdem ist die Industrie dazu aufgefordert, Anstrengungen in der Forschung von neuen Antibiotikagenerationen zu unternehmen. „Es ist wichtig, dass wir den arzneimittelresistenten Bakterien und anderen Krankheitserregern immer einen Schritt voraus sind“, wie Dr. Thomas Ulmer MdEP als Allgemeinmediziner nur zu gut weiß.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.
Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,
74821 Mosbach, Telefon 06261 893991 Telefax 06261 893969
Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171 6809454
Powered by: www.busse-nahrgang.com
Bildnachweis: Titelbild und Porträtfoto Dr. Ulmer: © Matthias Busse.
Alle weiteren Fotos: © European Union 2012 - EP
E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu